

Wie eine Soldatin unter Übergriffen litt

Ex-Bundeswehr-Kameradin berichtet über sexualisierte Gewalt in zwei Kasernen – Ein strukturelles Problem?

Von Franziska Königseder



Im Frühjahr, kurz vor der Bundestagswahl, nannte es Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef **Markus Söder** „geradezu absurd“, abgeschobenen afghanischen Straftätern auch noch ein Handgeld von 1000 Euro (oder maximal 4000 Euro für Familien) zukommen zu lassen. Bundesinnenministerin **Nancy Faeser** (SPD) sprach damals von einem üblichen Vorgehen. „Ein Witz“, konterte Söder. Interessanterweise plant nun Söders Mann in Berlin, Bundesinnenminister **Alexander Dobrindt** (CSU), Afghanen in Afghanistan oder Pakistan Geld anzubieten, wenn sie auf ihren Rechtsanspruch, nach Deutschland zu kommen, verzichten. Und was die Rückkehr von in Deutschland befindlichen Flüchtlingen angeht, etwa von Syrern, so hält der CSU-Innenexperte im Bundestag, **Stephan Mayer**, für eine Ausreise-Prämie für eine gute Idee. Sein Vorschlag: 1000 Euro. Man merkt: Der Wahlkampf ist vorüber...

Übrigens: Genau ein Jahr ist es nun her, dass in Berlin die Ampel-Bundesregierung zerfallen ist. Wirklich viel geändert hat sich in Deutschland aber seitdem nicht. Nur eines ist auffällig: Die Zahl der Pressemitteilungen aus bayerischen Ministerien, die Berlin vorwerfen, dass dort alles falsch lief, ist mittlerweile deutlich zurückgegangen. Das ist verständlich: Man kann ja schwer eine Bundesregierung angreifen, der man selbst angehört. Aber es wäre halt schön, wenn diejenigen, die jahrelang gebeckmestert haben, dass sie es viel besser könnten, es halt langsam auch mal besser machen würden.

Die Frage, ob die AfD verboten werden soll, schwelt vor sich hin, ohne dass allzu viel passieren würde. Die Position der CSU scheint dabei klar zu sein: Man müsse die AfD politisch bekämpfen, nicht per Verbot, heißt es. Inwieweit das zu den Vorwürfen passt, die neuerdings aus der CSU zu hören sind, mag jeder selbst bewerten. So bezeichnete CSU-Generalsekretär **Martin Huber** die AfD angesichts des Plans einiger AfD-Bundestagsabgeordneter, sich in Russland mit **Wladimir Putins** Kettenhund **Dmitri Medwedew** zu treffen, als „Sprachrohr Moskaus“. Huber: „AfD-Abgeordnete fahren nach Russland, um mit dem Kreml über die Durchsetzung russischer Interessen zu sprechen. Das ist Landesverrat.“ Kaum Besseres hatte diese Woche Landtagspräsidentin **Ilse Aigner** für die AfD übrig: Sie forderte, die Antworten auf parlamentarische Anfragen der AfD künftig als Verschussache einzustufen. Im Raum steht der Verdacht, die AfD nutze parlamentarische Anfragen, um für Russland zu spionieren – nachdem sich zuletzt AfD-Anfragen gehäuft hätten, die sich mit sensiblen Themen wie innerer Sicherheit und kritischer Infrastruktur befassen. Angesichts solcher Vorwürfe sollte die CSU ihre Position zu einem Parteienverbot wohl nochmal überdenken.



Alexander Kain
berichtet als
Landtags-Korrespondent
aus München

Freyung-Grafenau. Wenn Stefanie aus dem Landkreis Freyung-Grafenau – so nennen wir sie hier – an ihre Zeit in der Kaserne zurückdenkt, spürt sie vor allem eines: Beklemmung. Was nach außen wie militärischer Zusammenhalt wirkt, war für sie ein Ort, an dem Macht missbraucht wurde – von Männern, von Vorgesetzten. Nicht nur, aber vor allem gegenüber Frauen.

„Mir gefiel der Gedanke an Kameradschaft und daran, meinem Land dienen zu können, um jenen zu helfen, die sich selbst nicht helfen können“, sagt Stefanie. Sie hat sich bei der Heimatzeitung gemeldet, weil sie nicht länger schweigen will. Stefanie (der Redaktion ist ihr richtiger Name bekannt) begann im Oktober 2024, kurz nach ihrem 18. Geburtstag, ihren Freiwilligen Wehrdienst. Zur Grundausbildung musste sie nach Ostdeutschland. „Dort war das Gefühl der Kameradschaft noch gegeben. Vielleicht, weil wir alle in der gleichen Position waren“, erzählt sie.

Doch schon während der Ausbildung meldeten sie und mehrere Kameradinnen ihren Ausbilder wegen sexueller Nötigung. Er hatte ihnen angeboten, sie „handsamer“ zu behandeln, wenn sie ihm sexuelle Gefälligkeiten gewährten. Die Vorgesetzten reagierten: Der Ausbilder wurde von seiner Aufgabe entbunden – blieb jedoch weiterhin im Dienst.

Nach drei Monaten Grundausbildung kam Stefanie in die Kaserne nach Freyung, wo sie den Rest ihres Wehrdienstes ableisten sollte. „Ich dachte, dass ich länger bleiben würde“, sagt sie. Sie hatte geplant, später in den Sanitätsdienst zu wechseln. Doch schon bald merkte sie, dass dort das Gefühl von Zusammenhalt fehlte.

„Anfangs gefiel mir das disziplinarische Umfeld“, erzählt sie. „Aber der Umgang untereinander – das war etwas anderes.“ Zwei Kameraden überschritten schließlich eine Grenze: Sie fragten sie wiederholt nach sexuellen Gefälligkeiten und fassten sie schließlich an. „Sie schlossen die Tür des Kellers, in dem wir unsere Waffen reinigten, hielten mich fest und berührten mich an Brust und Gesäß“, sagte sie mit belegter Stimme. Beide Männer hatten einen höheren Dienstgrad als sie.

Auch über Nachrichten be-



Sexualisiertes Fehlverhalten wirft eine Soldatin zwei ihrer Kameraden vor. Die Dunkelziffer der Vorfälle in Deutschland könnte hoch sein. – Foto: dpa

drängten sie sie. In einem Vernehmungsprotokoll, das der Heimatzeitung vorliegt, beschreibt Stefanie, dass sie mehrfach aufgefordert wurde, Nacktbilder zu schicken. Zudem zeigten ihr die Männer obszöne Fotos, begleitet von der Aufforderung, es „nachzumachen“.

Zwei Wochen lang wurde sie massiv belästigt, bevor sie den Mut fand, das Verhalten zu melden. Ihre Vorgesetzten reagierten schnell: Es folgten Befragungen aller Beteiligten, in denen der Vorfall bestätigt wurde. Gegenüber Stefanie erklärten die Männer später, dass sie eine Geldstrafe zahlen müssen.

Konsequenzen für die Täter

Obwohl Stefanie die schnelle und rücksichtsvolle Reaktion ihrer Vorgesetzten lobt, war für sie nach einem Jahr Schluss. Sie verließ die Bundeswehr. Heute leidet sie an einer Posttraumatischen Belastungsstörung.

Ein Sprecher des Aufklärungsbataillons 8 teilt auf Anfrage mit, dass nach Abschluss der Ermittlungen die Vorwürfe gegen die beiden Männer bestätigt wurden, „woraus sich disziplinar- und dienstrechtliche Konsequenzen ergeben haben“. Wie diese im

Konkreten aussehen, könne man aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht äußern.

Grundsätzlich hätten sexuelle Belästigung, Machtmissbrauch und Mobbing in der Bundeswehr keinen Platz, so der Sprecher. „Daher verfolgt die Bundeswehr eine Null-Toleranz-Linie gegenüber möglichen Vergehen in diesen Bereichen.“ Jeder Verdacht werde daher ernst genommen und im Einzelfall umfangreich und konsequent untersucht. „Unser Anspruch und Ziel ist es, das innere Gefüge der Bundeswehr zu schützen und allen Angehörigen ein sicheres Umfeld in einer gefestigten Wertegemeinschaft zu bieten.“

Darüber hinaus verwies der Sprecher auf zahlreiche präventive und unterstützende Maßnahmen, die innerhalb der Truppe bestehen. Betroffene Soldatinnen und Soldaten stünden mehrere Ansprechstellen zur Verfügung, darunter der Wehrbeauftragte des Bundestages, die Gleichstellungsbeauftragte, der Personalrat, das Psychosoziale Netzwerk, Frauenberatungsstellen, die Antidiskriminierungsstelle des Bundes sowie die Seelsorge.

Die Bundeswehr sei verpflichtet, Betroffene vor weiteren Übergriffen oder Nachteilen zu schützen. Verdachtsfälle würden vertraulich behandelt, Schutzmaßnahmen eingeleitet, und Betroffene

ne hätten Anspruch auf psychologische Unterstützung.

„Das Grundprinzip der Bundeswehr bleibt die Innere Führung.“ Macht dürfe nur im Rahmen des Rechts und unter Achtung der Würde des Menschen ausgeübt werden. Jede Führungskraft sei verpflichtet, ein Klima des Vertrauens, der Offenheit und des Respekts zu schaffen. Um das sicherzustellen, würden regelmäßige Schulungen, Fortbildungen und Pflichtlehrgänge durchgeführt – etwa zur Prävention sexueller Belästigung, zum Umgang mit Betroffenen sowie der jährliche „Tag im Zeichen unserer Werte“, an dem sich jede Einheit intensiv mit diesen Themen auseinandersetzen müsse.

„Je niedriger der Dienstgrad, umso schlimmer ist es“

Zudem sei die Bundeswehr dem Bündnis „Gemeinsam gegen Sexismus“ beigetreten, und das Zentrum für Innere Führung habe eine Ausbildungshilfe zum Umgang mit Sexualität und sexualisiertem Fehlverhalten veröffentlicht.

„Für mich gibt es keine Gleichberechtigung in der Bundeswehr“, sagt indes Ex-Soldatin Stefanie. „Und je niedriger der

Dienstgrad, umso schlimmer ist es.“ Mit ihrer Geschichte und damit, sich an die Öffentlichkeit zu wagen, wolle sie Missstände aufzeigen, auch weil viel im Dunkeln bleibe.

Um die Dunkelziffer geht es auch im aktuellen Jahresbericht der ehemaligen Wehrbeauftragten Eva Högl, die im Mai von Henning Otte abgelöst wurde. Demnach gingen im Berichtsjahr 48 Eingaben zu sexualisiertem Fehlverhalten ein. Zudem wurden Ermittlungen zu 376 meldepflichtigen Ereignissen wegen des Verdachts auf Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung geführt – viele davon unter Alkoholeinfluss. Die Wehrbeauftragte wies darauf hin, dass die Dunkelziffer wohl deutlich höher lag.

Sie begrüßte deshalb im Bericht die Entscheidung des Verteidigungsministeriums, das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr mit einer wissenschaftlichen Dunkelfeldstudie zu Ursachen, Ausmaß und Folgen sexualisierter Gewalt zu beauftragen.

Im Übrigen waren laut der Wehrbeauftragten Frauen trotz aller positiven Entwicklungen der vergangenen noch immer stark unterrepräsentiert. 13,62 Prozent aller Soldaten in Deutschland waren Frauen. Im internationalen Vergleich bezeichnete sie die Entwicklung der vergangenen als „wenig überzeugend“.

Wehrbeauftragter Otte: Ankämpfen gegen Dunkelziffer

Wie bewertet der Wehrbeauftragte des Bundestags die aktuelle Situation in der Bundeswehr in Bezug auf sexuelle Belästigung und Machtmissbrauch?

Henning Otte: Sexuelle Belästigung, sexualisierte Gewalt und Machtmissbrauch haben in der Bundeswehr keinen Platz. Sie widersprechen in aller Deutlichkeit den fundamentalen Werten, auf denen unsere Bundeswehr basiert, und müssen mit aller Konsequenz geahndet werden. Solche Vorfälle sind nicht nur ein Angriff auf das Vertrauen der Gesellschaft in unsere Streitkräfte, sondern auch auf die Grundwerte unseres Landes. Jeder Vorfall ist einer zu viel.

Gibt es Erkenntnisse oder Hinweise darauf, dass die Dunkelziffer von Vorfällen höher ist als die offiziell gemeldeten Fälle?

Otte: Trotz der steigenden Anzahl gemeldeter Vorfälle – auch aufgrund erhöhter Sensibilität und Transparenz – ist weiterhin von einer Dunkelziffer auszugehen. Die vom Bundesministerium der Verteidigung auf Empfehlung der ehemaligen Wehrbeauftragten in Auftrag gegebene Dunkelfeldstudie zu Ursachen, Ausmaß und Fol-

gen sexualisierten Fehlverhaltens liegt bislang noch nicht vor.

Welche Maßnahmen hält der Wehrbeauftragte für notwendig, um sowohl die Meldung solcher Vorfälle zu erleichtern als auch ein respektvolles und sicheres Arbeitsumfeld zu gewährleisten?

Otte: Sexualisierte Gewalt beginnt oft nicht erst beim Übergriff, sondern bereits im Alltag: durch Sprache, durch Ausgrenzung, durch Machtdemonstration. Deshalb müssen Themen wie Gleichstellung, Diskriminierung und Gewaltprävention weiter fester Bestandteil der Ausbildung auf allen Ebenen sein. Wir brauchen weiterhin eine Bundeswehr, in der alle Angehörigen mit Respekt, Würde und Sicherheit ihren Dienst leisten können. Das ist nicht nur eine Frage des Rechts – es ist eine Frage der Haltung. Betroffene Soldatinnen und Soldaten müssen darauf vertrauen können, dass sie nicht allein gelassen, nicht stigmatisiert, sondern ernst genommen werden. Jeder Vorfall sexualisierten Fehlverhaltens muss gemeldet und konsequent aufgeklärt werden – denn nur was ans Licht kommt, kann auch geahndet

und abgestellt werden.

Welche Rolle spielen hierarchische Strukturen innerhalb der Bundeswehr bei der Aufdeckung oder Verhinderung solcher Vorfälle?

Otte: Hierarchische Strukturen sind ein grundlegendes Element des militärischen Dienstbetriebs. Sie geben Orientierung, schaffen Verantwortung und ermöglichen klare Befehlsketten. In der Praxis zeigt sich: Dort, wo Vorgesetzte ihrer Fürsorgepflicht konsequent nachkommen, wo sie frühzeitig eingreifen, aufklären und deutlich Haltung zeigen, können sie maßgeblich zur Prävention und Aufdeckung beitragen. Hierarchie darf nicht Schutzraum für Fehlverhalten sein – sie muss Schutzraum für Betroffene sein. Jede Führungskraft trägt Verantwortung für das Klima in ihrer Einheit. Wer wegsieht, macht sich mitverantwortlich. Führung heißt: Haltung zeigen, Standards



Henning Otte ist der Wehrbeauftragte des Bundestags.

– F.: Carstensen, imago

setzen, Vorbild sein. Auch das ist Ausdruck des Prinzips „Innere Führung“.

Plant der Wehrbeauftragte Initiativen oder Empfehlungen, um die Situation nachhaltig zu verbessern und forciert er die Forderung seiner Vorgängerin?

Otte: Ich unterstütze ausdrücklich die Initiative meiner Vorgängerin und begrüße die Entscheidung des Bundesministeriums der Verteidigung, das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr mit einer wissenschaftlichen Dunkelfeldstudie zu Ursachen, Ausmaß und Folgen sexualisierten Fehlverhaltens zu beauftragen. Eine fundierte Analyse ist unerlässlich, um wirksame Maßnahmen zur Prävention und Aufklärung zu entwickeln.

Die Fragen stellte Franziska Königseder.

IMPRESSUM

Gründer:
Dr. Hans Kapfinger (†)

HERAUSGEBER:
Passauer Neue Presse GmbH,
Passau, vertreten durch die
Gesellschafterversammlung

GESCHÄFTSFÜHRUNG:
Simone Tucci-Diekmann

Chefredakteur:
Martin Wanninger

Stellvertretende Chefredakteure: Alexander Kain, Carola Holler.
Mitglieder der Chefredaktion: Andreas Geroldinger, Daniel Ober.
Chefin vom Dienst: Carolin Federl.

Nachrichten: Laurent Martinez; Feuilleton: Raimund Meisenberger; Sport: Martin J. Freund.

Korrespondenten-Büro München: Alexander Kain.
Korrespondenten-Büro Berlin: Dr. Thomas Vitzthum, Leitung.
Internet: www.pnp.de

Redaktion: Passauer Neue Presse GmbH, Medienstraße 5, 94036 Passau. Postanschrift: Postfach, 94030 Passau, Tel. 0851/802-0, Fax: 0851/802-10256, E-Mail: redaktion@pnp.de

Anzeigen: Medien-Sales Bayern GmbH, vertreten durch Geschäftsführer Reiner Fürst, Medienstraße 5, 94036 Passau, Fax: 0851/802-10082, E-Mail: anzeigen@pnp.de

Verlag: Passauer Neue Presse GmbH, Medienstraße 5, 94036 Passau, Tel. 0851/802-0, Fax: 0851/802-10256.
Druck: Passauer Neue Presse Druck GmbH, Medienstraße 5, 94036 Passau.
Vertrieb: Neue Presse Zeitungsvertriebs-GmbH, Medienstraße 5, 94036 Passau.
Aboservice: Tel. 0851/802-239, Fax 0851/802-10580, E-Mail: aboservice@pnp.de
Digital-Vertriebservice: Tel. 0851/802-231, E-Mail: vertrieb-digital@pnp.de